Entwicklung des Regelwerks Öffentlichkeitsbeteiligung Bielefeld

Auswertung der Online-Beteiligung

Erläuterung: Gelb markierte Teile sind in die jeweiligen Synopsen eingeflossen

Bereitstellung von Ressourcen

- Der grundsätzliche Hinweis auf nötige Ressourcen ist gut, aber mindestens genauso wichtig wäre zu benennen, wessen Ressourcen, insbesondere in finanzieller Hinsicht es sind, d.h. sind das allgemeine Verwaltungskosten, trägt sie das federführende Fachamt, oder werden sie dem Projekt zugeschlagen, für das ein **Beteiligungsverfahren durchgeführt wird?** Davon ist nämlich u.a. abhängig, ob eine nach außen attraktivere Beteiligung auch nach innen positiv wahrgenommen wird, oder als unnötige Mehrbelastung.
- **Bevor es um die Bereitstellung entsprechender Ressourcen geht, bedarf es zunächst einmal einer klaren Zieldefinition (SMART), was man überhaupt mit der Bürgerbeteiligung erreichen möchte, um dann auch die getroffenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit (Effektivität: Zielerreichung) zu evaluieren.** Bürgerbeteiligung ist kein Selbstzweck, ansonsten besteht die Gefahr, dass sie zum Feigenblatt degradiert wird. Als von Bürgern als Pseudo-Beteiligung wahrgenommene Beteiligung wird von diesen kritischer bewertet als eine bewusste "nicht-Beteiligung (die ja auch legitim ist) und kann die bestehender Entfremdung von Politik/Verwaltung und Bürgern noch verstärken.
- Vor allem braucht es Ressourcen, damit auch geantwortet wird auf die Ideen der Bürger
- Die Überschrift ist sehr richtig. Beteiligung benötigt Geld und Personal. Allerdings ist der Inhalt verwunderlich und ruft bei mir viele Fragen auf: Ich dachte es gibt bereits eine Anlaufstelle rund um die Position der Partizipationsbeauftragten. Einen Grund für mehr Ressourcen sehe ich nicht beschrieben. Auch die Rolle und Funktion der besser ausgestatteten Anlaufstelle wird nicht benannt. Es stellt sich zudem die Frage, ob die Stelle bei jeder (auch noch so kleinen und niedrigschwelligen) Beteiligung frühzeitig eingebunden werden will oder nur bei bestimmten Themen. Da die tatsächliche Durchführung mit bereits vorhandenen Ressourcen bewältigt werden soll, ist die Folge, dass in der Realität Beteiligung bleibt, wie sie ist oder andere wichtige Aufgaben liegen bleiben werden. Diesen Ansatz halte ich für fragwürdig.
- Entscheidend für eine ausgewogene Beteiligung ist die Identifikation potenzieller Gruppen, die besonders negativ oder auch besonders positiv betroffen sind oder zukünftig wären. Zur Repräsentation der Interessen dieser Gruppen sollen "Anwälte" benannt werden. Somit kann dem "NIMBY"-Problem, also starke persönliche Interessen überwiegen gegenüber langfristigen, gesamtgesellschaftliche, aber "diffusen" Vorteilen (z.B. viele kleine Einzelnutzen über einen langen Zeitraum). Auch sozioökonomische oder kulturelle Barrieren können damit abgemindert werden. Die Interessen zukünftiger Einwohner können besser mitberücksichtigt werden. Diese "Anwälte" müssten für ihren Einsatz entsprechend kompensiert und mit Ressourcen ausgestattet werden.

- Zumindest bei besonders kontroversen Themen sollte eine externe Moderation stattfinden. Dafür sollten entsprechende finanzielle Ressourcen eingeplant werden. Eine „gute“ Bürgerinnenbeteiligung kann durchaus auch helfen, Kosten bei der Umsetzung von Projekten zu einzusparen. Dies sollte grundsätzlich bei der Ressourcenplanung berücksichtigt werden.
- Die benötigte Zeit für die anfallenden Aufgaben darf nicht zusätzliche Arbeitszeit für die Beschäftigten sein.
- Für die Durchführung von Beteiligungsverfahren benötigen auch die Fachämter dauerhaft ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen. Diese können bei einer Vielzahl von durchzuführenden Beteiligungsverfahren nicht jeweils anlassbezogenen organisiert werden. Es gibt auch Öffentlichkeitsbeteiligungen für die kein politischer Beschluss notwendig ist. Wie soll eine Bezirksvertretung oder ein Ausschuss eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen?
- Öffentlichkeitsbeteiligung lebt im Idealfall davon, dass Menschen aus der Zivilgesellschaft ihr Knowhow in städt. Projekte einbringen und so eine Zusammenarbeit mit Menschen aus der Verwaltung und den politischen Gremien entsteht. Das macht zusätzliche personelle Ressourcen, die bezahlt werden müssen, ggf. überflüssig.
- Neben einer physischen Anlaufstelle ist eine Online-Plattform als virtuelle Anlaufstelle ebenfalls von großer Bedeutung, um den jüngeren Teil der Bevölkerung über Öffentlichkeitsbeteiligung zu informieren und für die aktive Teilnahme zu aktivieren. Für eine möglichst große Transparenz sollten beschlossene Maßnahmen und deren Umsetzung neben den klassischen Medien auch über soziale Medien kommuniziert werden. Auch hierfür sind personelle Ressourcen einzuplanen.
- Ein sehr wichtiger Punkt. Man sollte darauf achten, dass nicht immer die teuersten Formen gewählt werden, Effizienz ist wichtig,
- Das ist aus meiner Sicht verwirrend: Erst heißt es, es braucht personelle + finanzielle Ressourcen (Größenordnung etwa??), dann heißt es, es sei zu beachten, dass die anfallenden Aufgaben mit vorhandenen Ressourcen bewältigt werden müssen.
- Projekte welcher Art und Größenordnung werden berücksichtigt? Wer entscheidet darüber? Was bedeutet "frühzeitig". Welche Expertise ist gemeint? Fachlich (projektbezogen), auswertungstechnisch? Aus der Beantwortung dieser Fragen ergibt sich der Ressourcenbedarf.
- 1. Haltung als innere Ressource:
Worum geht es eigentlich bei „Bürgerbeteiligung“? Was daran muss im Kern pauschal „immer“ kostenrelevant sein? „Wenn es eine offene, wertschätzende, integrative Haltung gibt, dann braucht es nicht zwangsläufig ausgetüftelte Methoden, markenrechtlich geschützte Formate und teure technische Ausstattungen. Gute Beteiligung ist weniger eine Frage der Methode, sondern eher der Haltung. Dann funktioniert auch mal ein schlichter Stuhlkreis“. Jörg Sommer „Vielfalt als Methode:

Warum Gute Beteiligung nicht nur eine Formatfrage ist.“ (eNewsletter Bürgergesellschaft 12/2020 vom 18.12.2020)

2. Berechenbarer Ressourcenbedarf:

Grundsätzlich geht es um die wirtschaftliche Bewertung von Leistungen für Bürgerbeteiligung, um den nötigen Ressourcen-Bedarf zu ermitteln. Ohne auf die unterschiedlichen Projektstrukturen vorschnell einzugehen, sind exemplarische Leistungspakete mit Produktbewertungen sinnvoll. Nur so kann vorerst ein mittlerer Ressourcenbedarf überhaupt ausgehandelt und bereitgestellt werden. Leistungspakete können Musterkalkulationen für bestimmte Maßnahmemodule für unterschiedliche Projekttypen beinhalten. Im „Tagungsmanagement“ finden sich Beispiele. Im Partizipationsmanagement stellt sich hierbei auch die Frage nach „Eigenproduktion“ oder Kauf von externen Anbietern? Mitarbeiterfortbildung kann auf Dauer Kosten senken.

3. Förderung der Selbstorganisation:

Die Ertüchtigung von Bürgerbeteiligungskompetenzen kombiniert die Momente von Eigeninitiative, Aneignung eines Beteiligungsprozesses, Abruf vorhandener Potentiale und Kostenbegrenzung.

4. Indirekte Ressourcen-Quelle:

Erst eine möglichst rechtzeitige, gründliche und transparente Beteiligung der jeweiligen Stadtgesellschaft führt zu Entscheidungs-Ergebnissen, die vergleichsweise wenig nachkorrigiert werden müssen, somit kostendämpfend wirken und vor allem von einer stabilen Mehrheit getragen und vertreten werden. Zugleich ist nachweisliche Bürgerbeteiligung bei Stadtentwicklungsprojekten Türöffner für kommunale Fördermittel – oder sogar eine zwingende Bedingung hierfür.

- Die Anlaufstelle benötigt genügend finanzielle und personelle Ressourcen, um die Fachämter bei der Mehrarbeit im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu unterstützen.
- Das ist mir zu unscharf und unklar. Ist die "Anlaufstelle" eine neue zu schaffende Stelle, neben der Stelle von Frau Klausung? Was sind "weitere personelle und finanzielle Mittel"? Wie verträgt sich das mit der Aussage " dass die anfallenden Aufgaben mit den bereits vorhandenen Stellen/Personalressourcen bewältigt werden müssen"? Ich verstehe es nicht. Ich halte es für dringend geboten, hier von vorneherein Klarheit zu schaffen. Und die Personalausstattung deutlich zu erhöhen. Es ist für mich nicht vorstellbar, dass etwa die Projektleiter und Projektleiterinnen im Amt für Verkehr die Aufgabe, einen gelungenen Beteiligungsprozess zu gestalten, auch noch übernehmen.

Viele beteiligen – Vielfalt sicherstellen

- Um zu verhindern, dass die Möglichkeit zur Beteiligung weiterhin an vielen Menschen vorbei geht, sind die genannten Beispiele nur bedingt geeignet. Die Hürde einen Ort zur Teilnahme an einem Beteiligungsverfahren aufzusuchen ist vielfach zu hoch. Hier wäre es naheliegend digitale Angebote zu machen und beispielsweise durch Flyer mit QR-Codes an die unmittelbar betroffenen Haushalte zu verteilen. Digital eröffnet sich zum Beispiel auch die Chance mehrsprachige Angebote zu machen.
Die Idee eine Kinderbetreuung anzubieten ist grundsätzlich hervorragend, allein schon als Signal, dass Familien gesehen werden. Aber gleichzeitig stellt sich die Frage zu welchen Zeiten hier Kinder betreut werden müssten? Findet eine Beteiligung abends statt können Eltern trotz Betreuung nicht teilnehmen, weil die Kinder schlafen sollten. Findet sie hingegen tagsüber statt, nutzt sie nur Elternteile, die nicht selbst erwerbstätig sind und deren Kinder keine Betreuungseinrichtung besuchen. Will sagen: ob eine Maßnahme, hier beispielhaft die Kinderbetreuung, tatsächlich geeignet ist die Teilnahme bestimmter Zielgruppen wahrscheinlicher zu machen ist nicht leicht zu

beantworten. Betreuungsangebote sollten grundsätzlich selbstverständlicher sein, ob sie im Bereich der Beteiligungsverfahren wirken, bleibt abzuwarten."

- Eine gezielte, aktive Einbeziehung (Holschuld) von bestimmten Personen, Organisationen und Interessengruppen führt zu einer Überrepräsentanz. Dies würde dem eigentlichen Zweck der Bürgerbeteiligung (echtes Meinungsbild aller Bürger oder zumindest aller in einer bestimmten Angelegenheit interessierten Bürger) entgegenstehen. Dies wäre ein verkapptes "Räte"-System.
- Keine Beteiligung ohne Onlinebeteiligung – damit wird viel mehr Menschen eine Teilnahme ermöglicht.
- Das Ziel ist wichtig und nicht neu. Wichtig ist es einen Lösungsweg zu finden dies mit den bestehenden Ressourcen (siehe ersten Grundsatz) zu ermöglichen. Dies widerspricht ein wenig den genannten Beispielen:
 - Barrierefreie Ansprache braucht geschultes Personal oder externe Dienstleister
 - Barrierefreie Orte müssen gebaut werden (wenn es mehr Beteiligung gibt und die vorhandenen Angebote jetzt kaum ausreichen)
 - Kinderbetreuung ist schon im Alltag schwierig. Wie soll das mit den Ressourcen ermöglicht werden? Und würden es Kinder/Eltern wirklich wollen für 1,5h eine fremde Betreuung in Anspruch zu nehmen? Oftmals ist es nicht die fehlende Betreuung sondern die späte Uhrzeit (Abendroutine), die Kinder/Eltern ausschließt.
 - wer definiert die Zielgruppen und deren Bedürfnisse - es gibt Grenzen"
- Die Frage ist, wie bereits bei Entwurf und Einführung des "Regelwerks" der deutschen Sprache weniger mächtige Menschen, die schon länger in Bielefeld wohnen, beteiligt werden können. Sollen für Übersetzungen alle Sprachen der Welt vorgehalten werden? Oder nur diejenigen, die bei Bürger*innen in Bielefeld vorhanden sind? Oder nur die Hauptsprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Polnisch, Russisch, Arabisch, Suaheli u. einige mehr. Oder ist es zumutbar, für alle, die beteiligt werden sollen und können, nur Englisch als die internationalste Sprache begleitend zur Verfügung zu stellen? Auf jeden Fall erscheint mir sinnvoll und partizipativ, wenigstens Englisch neben der leichten Sprache begleitend in den vorliegenden Grundsatztext und auch sonst in die jeweiligen aktuellen Beschlusstexte und Verfahrenstexte einzuarbeiten.
- Es muss sichergestellt werden, dass die Mitglieder des Stadtrates, der Bezirksvertretungen und der Beiräte über aktuelle Entwicklungen informiert werden.
- Eine zielgruppenspezifische Ansprache und Beteiligung sind wichtig. Der zeitliche Aufwand für eine individuelle Ansprache ist aber erheblich. Es kann hier auch keine Standards geben, da die Beteiligung je nach Aufgabenstellung, räumlichen Verortungen und Vertiefungsgraden sehr individuell zu entwickeln ist.
- Beteiligungsverfahren müssen so gestaltet sein, dass sie möglichst vielen, verschiedenen Menschen auch Lust zur Beteiligung machen. Demokratie muss auch "Spaß" machen. Aktuell ziehen sich viele Menschen aus der politischen Mitverantwortung zurück (siehe geringe Wahlbeteiligungen auf kommunaler und Landesebene).

- Ein Bürger:innen-Rat würde diese Kriterien erfüllen. Er kann wirksam bei "großen" Projekten und entsprechenden Beteiligungen eingesetzt werden, z.B. zur Frage: "Wie schaffen wir die Bielefelder Klimaziele." Da erwarte ich von Politik und Verwaltung größeres Interesse.
- ...für jeden Beteiligungsprozess sollen Zielgruppen bestimmt werden. Wer bestimmt? Wer legt die Zielgruppen fest?
- Um Enttäuschungen vorzubeugen, muss verdeutlicht werden, dass bestimmte Fragestellungen nur in einem bestimmten Zeitfenster sinnvoll diskutiert werden können...bei der Umsetzung von Maßnahmen geht es z. B. In der Regel um das Wie und nicht das Ob
- Noch schwammiger gehts nicht: "Die Politik und Verwaltung der Stadt Bielefeld verpflichtet sich selbst, im Rahmen von Beteiligungsprozessen betroffene Gruppen in angemessener Form anzuhören" d.h. alles oder nix! Ein Pro-aktiverer Beteiligungsprozess der Stadt Verwaltung und vor allem der Politik wäre m.E. angemessener... Dies wäre auch eine Einladung und ein Anreiz an alle Bewohner Bielefelds, sich an einer lebendigen Demokratie (den zu treffenden Entscheidungen) zu beteiligen und würde die Akzeptanz auch für schwierige und notwendigen Änderungsprozesse in der Stadt Bielefeld erhöhen. Das ist meine Anmerkung. Vielen Dank!
- Kinder / Schülerinnen und Schüler als Gruppen mit einzubeziehen !
- Welche Zielgruppen gibt es? Entscheidet jeder über alles?
- Ich weiß nicht was unter "zielgruppenspezifische und barrierefreie Ansprache" fällt, aber es ist auf jeden Fall wichtig Menschen nicht nur Online, Zeitung oder Aushänge am Rathaus zu informieren, sondern auch wirklich Einwürfe/Briefe im Briefkasten mit ausreichender zeitlicher Frist und Rückporto, wenn um Antwort gebeten wird. Internet nutzt nicht jeder bzw. nicht jeder kommt damit gleichermaßen klar (und die Bielefelder Website sucht man eigentlich nur auf, wenn man schon weiß, dass einen die Inhalte interessieren oder man was Bestimmtes sucht). Zeitung liest nicht jeder oder es wird schnell mal was überlesen. Aushänge am Rathaus sind für Öffentlichkeit und Fristen wichtig, aber ich glaube das dort am wenigsten geguckt wird, außer von den Menschen, die eh schon sehr aktiv und mobil am Start sind. Rückporto oder auch das Erstaten von Fahrtkosten ist wichtig, damit Menschen mit geringem Einkommen, Armut gefährdete Rentner, Arbeitslose und andere sozial Schwache Menschen auch wirklich die gleichen Chancen bei der Beteiligung haben. Ansonsten klammert man sie aus (wie es die allgemeine Gesellschaft und Regierung gerne tun), da selbst eine Briefmarke zu einer Belastung werden kann (was sich wohl für Personen, die genug Geld haben schwer vorstellbar ist, aber einer Tatsache entspricht) von den Kosten für eine Fahrkarte mal ganz abgesehen.
- Hier ist die gut organisierte Beteiligung einerseits von Interessengruppen/Initiativen wichtig, damit sie ihre Anliegen einbringen können und andererseits eine breitere Beteiligung der Öffentlichkeit/Stadtgemeinschaft. Dafür könnten Verfahren wie geloste Einwohner*innen genutzt werden. Beides setzt eine gute externe Moderation des Prozesses als auch umfassende und transparente Information über das jeweils in Frage stehende Projekt. Und ausreichend Zeit für den Dialog...

- Wer entscheidet, ob ein Beteiligungsverfahren initiiert wird? Setzt die Politik oder die Verwaltung ein solches Verfahren in Gang, wenn es für angemessen erachtet wird, oder können Bürgerinnen und Bürger Beteiligung einfordern? Das sollte schon bidirektional möglich sein. Es ist auch zu definieren, wo eine Beteiligung nicht möglich oder sinnvoll ist.
- Bei jedem öffentlichen Workshop eine Kinderbetreuung zu organisieren ist finanziell und personell vermutlich nicht leistbar.
- Ist hier auch an Dolmetscherdienste gedacht?
Statt einer Kinderbetreuung bzw. zusätzlich zu ihr erwarte ich, dass die Beteiligungsmöglichkeiten für Eltern zu Zeiten angeboten werden, in denen sie von Beruf und Kinderbetreuung frei sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Eltern zu einer Veranstaltung ab 18, 19 oder 20 Uhr ihre Kinder mitnehmen und sie einer unbekanntem Kinderbetreuung anvertrauen wollen.

Transparenz und Kommunikation

- Hier fehlt der Aspekt, dass auch Transparenz dahingehend bestehen muss, welchen tatsächlichen Einfluss auf Entscheidungen die Bürgerbeteiligung hat und wie verbindlich die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sind.
- Was mich bei (fast) allen Online-Beteiligungen nervt. Es gibt keine Transparenz über den Prozess. Was passiert mit meiner Antwort? Monate später kann ich mir ein pdf runterladen oder eine Info-Veranstaltung angucken. In Zeiten des Internets und schneller Computer doch etwas lächerlich.
- Verzichtet die Politik auf ihr Recht der Erstinformation? Wie sollen die Kanäle bespielt und sprachliche Anforderungen mit den bestehenden Ressourcen sichergestellt werden?"
- Für "eine respektvolle und faire Diskussion" ist eine externe Moderation wichtig und notwendig.
- Behördensprache ist für viele unverständlich, also ist einfache Sprache sehr wichtig. Außerdem wäre es hilfreich, wenn die Beteiligten über die verschiedenen Gesetzes- und Verordnungsebenen informiert werden könnten. Auch das in einfacher Darstellung.
- Bei diesem Grundsatz ist m.E. entscheidend, dass die Öffentlichkeit eine wertschätzende Position gegenüber der Stadtverwaltung einnehmen kann und dies auch von den politischen Gremien unterstützt wird, Es muss mehr "Gemeinsamkeit" entstehen und der häufig dargestellte potenzielle Konflikt zwischen Politik und Verwaltung versachlicht werden. Die Bereitstellung von Informationen in einfacher Sprache und in der Mehrsprachigkeit erfordert die Bereitstellung von entsprechenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen.
- Transparenz bedeutet auch, dass die Öffentlichkeit alle notwendigen Informationen (Einsicht in Akten, Pläne, Verträge, Kooperationsvereinbarungen etc.) erhält, um sich in eine Thematik einzuarbeiten und so qualifiziert Politik und Verwaltung unterstützen zu können.

Ich schlage eine Transparenzvereinbarung vor, analog Transparenzgesetzen, wie sie in versch. Bundesländern schon existieren (z. B. Hamburg als Vorreiter und Vorbild) . Diese regelt, wie Dokumente zur Verfügung gestellt werden, welche, in welcher Form. Die Informationen werden nach einer solchen Vereinbarung proaktiv von Verwaltung und polit. Gremien einfach zugänglich, digital zur Verfügung gestellt und müssen nicht erst angefordert werden.

- Wie soll die "Wissensbasis" ausgestaltet sein? Besser als einseitig bereitgestellte Informationen wäre ein interaktives Angebot, das Nachfragen beantwortet und weitergehende Expertise auf Abruf verfügbar macht.
- Was bedeutet "Mehrsprachigkeit". Welche Sprachen sollen denn angeboten werden. Bei der Vielfalt der gesprochenen Sprachen halte ich diese Vorgabe für nicht realisierbar.
- Wie lange wird eine Entscheidungsfindung dauern. Beispiel; Umbau Herforder Straße. Wer wird gefragt? Nutzer, Anwohner, Verkehrszählung?
- Eine "respektvolle und faire Diskussion" wurde zuletzt z.B. bei der Bürgerversammlung zur Fahrradstraße Ehlenruper Weg durch die Stadtverwaltung behindert, da die erschienenen Bürger ihre Meinung nicht in der Versammlung offen vortragen durften, sondern nur während der Unterbrechung an Stellwänden zu Wort kommen konnten. Das war unwürdig.
- Wie schon im Punkt zuvor ist mir nicht klar was "verschiedene Kommunikationskanäle" bedeuten soll und wie sichergestellt werden möchte das wirklich JEDER den gleichen Wissensstand hat.
Die Website ist sehr informativ, aber die nutzt aus diversen Gründen nicht jeder ohne direkte Aufforderung und Menschen, die kein Internet haben oder damit nicht gewohnt sind umzugehen kommen da auch nicht so einfach drauf.
Zeitung liest nicht jeder, Radio hört nicht jeder.
Wenn also zu beteiligende Personen wirklich umfassend informiert werden sollen, brauchen sie anschauliche, leicht verständliche Broschüren im eigenen Briefkasten um wirklich angesprochen und abgeholt zu werden.
- Transparenz sollte nicht nur zum Nachvollzug von Angeboten/Möglichkeiten von Beteiligung dienen, sondern auch Arbeitsgrundlage für den aktiven Beteiligungsprozess selbst sein. Das Erfordernis von Transparenz als Arbeitsmittel gilt vor allem für mehrjährige, komplexere Beteiligungsprozesse der integrierten Stadtentwicklung:
 - Eröffnung von planerischen Verfahrenswegen
 - Vermittlung standardmäßiger rechtlicher Grundsatzabwägungen
 - Zugang zu Planungsdaten
 - Zugang zu Gutachten und Verträgen
 - Einblick in Ausschreibungen
 - Beteiligung an der Auswahl von ModeratorenTransparenz i. S. v. Informationszugang führt zu:
 - Qualifizierung der beteiligten Bürger:innen
 - Kontrollfähigkeit über Projektabläufe
 - Förderung von beiderseitiger Fehler-Kultur auf Augenhöhe / Befähigung zur gemeinschaftlichen, vertrauensvollen Nachsteuerung
 - Beiderseitiger Verantwortungsgemeinschaft

Es sollte geprüft werden, ob diese Erfordernisse (als Benchmarks) mit einer „Transparenzvereinbarung“ verlässlich abgesichert werden können.

Datenschutzverpflichtungen sollten mit Augenmaß praktiziert werden, um nicht zu einem Herrschaftsinstrument zu degenerieren oder in Intransparenz zurückzufallen. Hier kann auf das in politischen und betrieblichen Gremien bewährte Verschwiegenheitsprinzip zurückgegriffen werden.

- "... Bereitstellung von Informationen, die benötigt werden..." Wer entscheidet darüber, was "nötig" ist? Den Beteiligten sollte das Recht zugestanden werden, Informationen einzufordern und dies auch zu bekommen (Informationsfreiheitsgesetz)
- Wie soll die breite Öffentlichkeit erreicht werden? Problem: die social media Kanäle der Stadt Bi haben eine viel zu geringe Reichweite. Somit ist man angewiesen auf NW, WB und Radio Bielefeld. Daher sollte ein Netzwerk an Multiplikatoren aufgebaut werden, die Themen durch bspw. retweets verbreiten können.
- Die Bereitstellung von Informationen ist wichtig, vor allem die fortlaufende Transparenz. Ich lehne allerdings Veranstaltungen ab, bei denen die Information einen Großteil der Zeit verschlingt und nur wenig Zeit für den Austausch der Meinungen der Beteiligten bleibt. Derartige Veranstaltungen habe ich bereits gelegentlich erlebt.
Es sollte im Vorfeld klar kommuniziert werden, wo Informationen zu finden sind. Wer sich erst während der Veranstaltung informieren möchte, sollte dafür einen angemessenen zeitlichen, wie organisatorischen Rahmen vorfinden. Wer sich selbst vorab informiert hat, sollte wissen, wann der eigentliche Beteiligungsteil der Veranstaltung beginnt, sprich, ab wann Meinungen und Meinungs austausch gefragt sind oder eine Ideenswerkstatt stattfindet."

Umgang mit den Ergebnissen

- Wie die Ergebnisse ermittelt (z. B. Fragebogen, aber auch welche Fragen mit welchen Antwortmöglichkeiten bestehen), ausgewertet und dann aufbereitet werden (z. B. welche graphischen Darstellungen werden vorgenommen) sollten festgelegt werden, bevor "abgestimmt" wird, da die Art und Weise der Auswertung und Aufbereitung die (wahrgenommenen) Ergebnisse beeinflusst.
- Dieser Grundsatz wird doch schon bereits erfüllt. Gibt es hier eine Veränderung zum Status quo? Oder soll alles so bleiben wie es ist?
- Sehr wichtig.
- Nicht alle Themen einer Beteiligung können immer im Sinne einer "Umsetzung" oder "Nicht-Umsetzung" dokumentiert und begründet werden.
- Ja! Eine plausible (!) Begründung ist in jedem Fall wichtig. Sonst verkommt Beteiligung zur Pro-Forma-Sache und die Bevölkerung verliert schnell das Interesse,
- ...Mmmhhhh... Vielleicht sollten hier für die Politikentscheider grundsätzliche Prioritäten bei der Entscheidungsfindung festgelegt werden, die dann mit der Politik miteinander abgestimmt werden sollten. Wirtschaftlicher Nutzen/ langfristig Wirtschaftsförderung, städtische Lebensqualität, Gesundheitsschutz, nachhaltige soziale urbane Stadtentwicklung, Förderung des Klimaschutzes sonst, kann so was immer schnell

eine unglaubliche Schlageseite bekommen, z.B. einem wirtschaftlich dogmatischen Zwang untergeordnet zu werden. Denn sonst ist alles nix.

- Kurz gesagt. Die Ratsmehrheit bestimmt. Die Bürger haben zwar Argumente pro und contra geliefert. Es steht jedoch zu befürchten, dass Ideologie vor Vernunft regiert.
- "Transparenz über Beschlüsse und deren Umsetzung werden gewährleistet" bedeutet hoffentlich, dass es (wie in meiner Anmerkung im Punkt zuvor) die Bevölkerung Post bekommt. Ansonsten wird es ein Flickenteppich bleiben, da nicht jeder die Website, Zeitung oder Radio nutzt und es somit egal ist, ob dort irgendwo etwas gepostet steht, wenn es von zahlreichen Personen gar nicht gesehen und die Transparenz damit lediglich theoretisch gegeben ist.
- Bürger-Beiträge sollten regelmäßig und vollständig dokumentiert werden. Nur so können anschließende Entscheidungen oder Ablehnungen nachvollzogen werden. Dies gewährleistet, „gehört und berücksichtigt“ zu werden.
Gleichzeitig wird aufgezeigt, wie ergiebig der jeweilige Beteiligungsprozess angenommen worden ist und welchen Anteil er an der Gesamtmaßnahme hatte.
Bei der Dokumentation soll es keine Rolle spielen, welchen Status die jeweiligen Autor:innen haben: Ob sie formelles Mitglied in einem Beteiligungsformat sind oder lediglich Einwohner der Stadt. (Vorausgesetzt, dass alle Bürger zur Beteiligung aufgerufen sind.)
Eine quantitative Alibi-Dokumentation, ohne auf die geleistete, unbezahlte Bürgerarbeit fachlich einzugehen, wäre eine ebensolche Missachtung geleisteter Arbeit wie ihre Nicht-Dokumentation. Falls ein fachliches Feedback der Bürgerbeiträge eine Überforderung der Stadt bedeutet, sollte man das Format rechtzeitig im Vorfeld überdenken, um hervorgerufene Erwartungen nicht zu täuschen (Prinzip von „Sagen und Tun“).
- Bei der Veröffentlichung der Entscheidung sollte neben der Begründung auch der Prozess des Entscheidungsweges dargestellt werden. Hierbei soll deutlich werden, inwieweit Bürgerbeiträge nicht nur „gesehen“ wurden, sondern welchen Anteil/Nichtanteil sie an diesen Entscheidungsprozessen haben.
- Was sind "Ergebnisse"? Wie werden sie vorsortiert und gefiltert, von wem?

Frühzeitigkeit

- Auch dieser Punkt könnte den Status quo beschreiben. Hier fehlt es an Klarheit, was das für die Verfahren bedeutet - ich hoffe da kommt noch etwas mehr in diesem Prozess.
- Hier kann es Probleme geben, denn es gibt Planungen, die nicht öffentlich sind/sein müssen.
- Ja!
- Sehr gut!
- Die Informationen sollten auch auf der Homepage der Stadt abrufbar sein.

- Wie frühzeitig kann ein Kostenrahmen erstellt werden, der nicht aus dem Ruder läuft? Wichtig für die Entscheidungsfindung-
- Ich hoffe das die Bekanntgaben via Broschüren/Briefen in Briefkästen ergänzt werden, da (wie in den Punkten bisher angemerkt) ansonsten nicht alle informiert würden.
Ich denke an Menschen in meiner Nachbarschaft mit Migrationshintergrund, welche sich den Buckel krumm arbeiten, um ihre Familien zu ernähren und kaum Freizeit haben und diese gewiss nicht für Websites oder Zeitung verwenden und ein dudelndes Radio geht schnell mal unter.
ich denke an meine Mutter, welche zwar gebildet ist und Zeitungen liest, aber sich auch gern ablenken lässt, sehr schusselig ist und Internet nur via Chatkanälen wie WhatsApp, Telegramm etc. nutzt oder um etwas auf dem Handy zu googlen. Websites besucht sie maximal auf Empfehlung und selbst dann nicht unbedingt und es gibt genug ältere Menschen, die das Internet noch weniger nutzen oder Menschen, die schlichtweg keins haben.
Ich denke an eine Nachbarin meiner Mutter, welche geistig etwas zurückgeblieben ist und sich mit dem Lesen/Schreiben sehr schwertut. Sie liest von Nachrichten in der Regel nur die Schlagzeilen, aber nicht den Inhalt da zu viel Text sie anstrengt. Radio habe ich sie noch nie hörend erlebt, Fernsehen nutzt sie für Trash und Internet für Minispiele oder Videos.
Ohne direkte Ansprache im eigenen Briefkasten würden diese Personen und Menschen, die ihnen ähneln nicht erreicht.
- Der Zeitpunkt von „Frühzeitigkeit“ ergibt sich auch daraus, von wem die Initiative ausgeht.
Vor der Vorhabenliste der Stadt sollte auch das Initiativrecht von Bürgern liegen, selbst beteiligungsrelevante Projekte anzuregen. Lediglich auf eine städtische Beteiligungs-„Zuteilung“ zu warten, würde bedeuten, so manches „Sehnsuchtsprojekt“ nie an den Start zu bringen.
Das gleiche Initiativrecht für Bürger sollte auch innerhalb schon bestehender Beteiligungsformate gelten.
- Zugleich muss aber auch verhindert werden, dass der Ruf nach weiteren und noch mehr und noch mehr Beteiligungsveranstaltungen zu ein und demselben Projekt die Umsetzung von Projekten unnötig verzögert. Daher ist von vorneherein ein Zeitplan aufzustellen, aus dem die geplanten Beteiligungsformate und -zeitpunkte ebenso hervorgehen wie die vorgesehenen Zeitpunkte politischer Beschlüsse.

Weiterentwicklung und Evaluation des Regelwerks

- Bzgl. der Veröffentlichung der Ergebnisse sollte klargestellt werden, dass nicht nur die Auswertung zur Verfügung gestellt werden, sondern auch die Rohdaten (z. B. bei Umfragen).
- Ich hoffe, dass die Evaluation Rückmeldungen auch kritisch einordnet. Es gibt durchaus Akteure in der Stadt die Beteiligung damit verwechseln - dass ihr Begehren erfüllt wird. Wenn die Anlaufstelle die Beteiligung weiterentwickeln will - muss die Machbarkeit (siehe erster Grundsatz) gewährleistet sein.
- Eine regelmäßige Evaluation von Beteiligungsprozessen z.B. durch Hochschulen kann von den durchführenden Stellen nicht geleistet werden. Der Aufwand wäre zu groß, Wie soll die "Anlaufstelle" aufgebaut werden? Wo soll diese verortet sein?

- Es können nicht nur externe Einrichtungen einbezogen werden, sondern die Evaluation sollte von unabhängiger Stelle erfolgen.
- Bitte den gesamten Prozess evaluieren und nicht nur die Ergebnisse.
- ...finde ich auch super.
- Bei der Entwicklung und Durchführung von Beteiligungsverfahren-, Formaten- oder Grundsätzen orientiert sich die Regelwerk-AG zunächst an Modellformaten einiger deutscher Leitlinien-Städte. Bei dieser Auswahl handelt es sich um Best-Practice-Vorbilder.
Der angestrebte „Verbesserungs-Prozess“ im Regelwerk sollte vorbeugend auch durch „Fehlervermeidung“ geprägt sein: Einbeziehung von Vor-Ort-Erfahrungen in Bielefeld, die überhaupt erst zum Bedürfnis und zur politischen Forderung nach geordneten und gesicherten Beteiligungsstrukturen für diese Stadt geführt haben. Vermeintlich „schlechte“ Erfahrungen sind tatsächlich konstruktive Beiträge als Rohstoff für eine Beteiligungsreform, die ja mit einem Regelwerk möglich werden soll: Ohne in alte Fehler zurückzufallen.
Deshalb sollte ein Pool eingerichtet werden, der als Erfahrungsspeicher vor klassischen „Schlaglöchern der Bürgerbeteiligung“ warnt. Es sollten konstruktive, hilfreiche Empfehlungen formuliert werden, die aber nachvollziehbar begründet aus Erfahrungen abgeleitet sind. Dieser Pool würde ein Format benötigen, in welches reformbedürftige Erfahrungen eingespeist werden. Die potentiellen Autoren sollten diese nicht spontan an Flipcharts heften, sondern gut überlegt ein Online-Format beliefern.
- Das halte ich für absolut notwendig!
- Nicht zu unterschätzender Kostenfaktor. Gerade die Uni Bi lässt sich ihre Unterstützung gerne gut bezahlen.
- Wer ist das "Team Dialog und Beteiligung"?
Evaluationen sollten grundsätzlich extern durchgeführt werden.

Grundlagen für Beteiligungsprozesse

- Es sollte offen und transparent dargestellt werden, wie die Vertreter der Stadtgesellschaft zufällig ausgewählt werden. Eine entsprechende "Auslosung" könnte z. B. öffentlich stattfinden (im Rahmen der Sitzungen des Rates oder des zuständigen Ausschusses).
- Alles richtig. Es ist aber nicht geklärt, wie eine verbesserte Beteiligung durchgeführt werden kann mit bestehenden Ressourcen.
Wäre es möglich, dass die Anlaufstelle konkrete Aufgaben bei der Durchführung übernimmt (z.B. Raumorganisation, Moderation etc.)
- Zum begleitenden Gremium: Ist die einfache Mehrheit für die Stadtgesellschaft sinnvoll? Oder lieber eindeutiges Veto-Recht für die Vertreter*innen der Stadtgesellschaft?
Ein 15-köpfiges Gremium könnte sich dann wie folgt aufteilen: 5xPolitik, 5xVerwaltung, 5xStadtgesellschaft.

- Grundsätzlich besteht die Sorge, dass vor dem Hintergrund der zeitlichen Anforderungen an eine schnelle Projektumsetzung (z.B. Klimaneutralität der Stadt bis 2030) bei gleichzeitigen Problemen in der Fachkräfte-Ausstattung der Ämter der Beteiligungsaufwand zu einer Verlangsamung der Umsetzung von Maßnahmen führen könnte. Es bedarf einer weiterführenden Diskussion hin zu mehr gemeinsamer Gestaltung der Stadt und dem Aufbau von kollaborativen Entwicklungs- und Umsetzungsprozessen.
- 1. Die projektübergreifende Anlaufstelle könnte zusätzlich mit Menschen aus der Zivilgesellschaft als Bürgercoaches besetzt werden.
2. Das begleitende Gremium sollte mehrheitlich oder besser ausschließlich mit Menschen aus der Stadtgesellschaft besetzt sein. So ist auch im Bereich Konfliktberatung eine ausreichende Neutralität sichergestellt. Es sollte nicht auf Wunsch, sondern regelhaft alle Projekte im Hinblick auf Einhaltung der Regeln prüfen und bis zum Ende begleiten.
- Ein ganz wichtiger Aspekt - vor allem die mehrheitliche Beteiligung der Stadtgesellschaft. Die Mitglieder des Gremiums könnten zeitlich versetzt rotieren, so dass es eine Mischung aus erfahrenen und neuen Teilnehmer:innen gibt.
- Gibt es Kriterien, zu welchen Vorhaben eine Beteiligung durchgeführt werden soll? Wer entscheidet?
- Ich halte das begleitende Gremium für eine Überbürokratisierung. Die regelmäßige Neubesetzung ist ebenfalls nicht zielführend, da Wissen verloren geht.
- Wie werden die "Fachleute" der Verwaltung einbezogen, um die Qualität/"Verwertbarkeit" der Bürgerbeteiligung zu verbessern ?
- Zu je 1/3 Politik, Verwaltung, Vertretern der Stadtgesellschaft? Auswahlverfahren? Mir ist nicht ganz klar, was dieses Gremium kann bzw. soll. Soll das eine Art Projektentwicklung und Evaluierungsgruppe sein... Da war doch schon der Punkt mit einer möglichen Kooperation mit der Uni? Tut mir leid, aber für mich klingt es wie eine Rückversicherung, eine Legitimation weiterhin am bisherigen Entscheidungsprozess festhalten zu können.
Ein ganz spontaner Gedanke zur Funktion: „Notfalls Hiobsbotschaften formvollendet verkünden und Prellbock zu sein“. Nicht ganz so klasse!"
- Zum einen hoffe ich das über die Existenz und Pläne dieses Gremiums und die neue Anlaufstelle via Einwürfen informiert wird, damit (wie in diversen Punkten davor ausgiebig erläutert) auch wirklich jeder erreicht wird.
Des Weiteren hoffe ich inständig das dieses Gremium der Stadtgesellschaft auch tatsächlich die Stadtgesellschaft widerspiegelt, um auf die verschiedensten Aspekte der Menschen eingehen zu können. Alte Menschen, chronisch kranke Menschen, Menschen im Niedriglohnsektor, arbeitslose Menschen, gutverdienende Menschen, Eltern, Studenten, Menschen mit Migrationshintergrund etc. ... sie alle haben unterschiedliche Sichtweisen und jede sollte versucht werden vorhanden zu sein, damit am Ende nicht nur eine überschaubare Altersgruppe von gutsituierten Personen über alles entscheidet. Da fühlen sich dann genug Menschen nicht vertreten (falls man sie denn überhaupt wirklich informiert bekommt, etwas das ich in den bisherigen Punkten ja bereits kritisch angemerkt habe).
Aus der Arbeit als Schöffin weiß ich, dass es reichlich Gruppen des Volkes gibt, welche man nicht vorfindet, etwas das bei Angelegenheiten wo das Volk oder die Stadtgesellschaft repräsentiert und vertretend agieren soll schon bedenklich finde.

- Das begleitende Gremium soll die Stadt bei bzw. in Konflikten beraten ... Um was für Konflikte könnte es sich da handeln? Was ist genau gemeint?
- Mit einer Beurteilung der Einhaltung von Regelwerk-Grundsätzen (und später auch von Methoden und Verfahren) ist eine „permanente Qualitätskontrolle“ verbunden, wie sie in der Organisationsentwicklung üblich ist.
Die Wirksamkeit dieser Qualitätskontrolle setzt voraus, dass das Regelwerk „verbindlich“ sein muss, um die o.g. Kontrollfunktion zu stärken (Empfehlungen würden unverbindlich bleiben.)
Beispiel: Das Regelwerk zur Bürger:innenbeteiligung könnte per Satzung in kommunales Recht übergeleitet werden.
Organisatorische Anbindung: Das „Begleitende Gremium“ könnte analog der „Antidiskriminierungsstelle“ der Stadt Bielefeld installiert werden. Die Antidiskriminierungsstelle ist im Integrationszentrum angesiedelt. Das Begleitende Gremium könnte Teil der Partizipationsbeauftragung werden.
- Bitte auf jeden Fall den Gedanken des Begleitenden Gremiums festhalten - das ist m.E. für die Weiterentwicklung der Regeln und die Auswertung der jeweiligen Beteiligungen ganz entscheidend. Wichtig ist dabei, dass es eine unabhängige Stimme der Stadtgesellschaft wird.
- "Die Stadtgesellschaft soll mindestens mit einer einfachen Mehrheit im Gremium vertreten sein." heißt was? Acht der 15 Mitglieder des Gremiums kommen NICHT aus Politik und Verwaltung?
Und was heißt "zufällig ausgewählt"? Aus einem Pool von Interessenvertreter*innen der Zivilgesellschaft? Oder aus der Gesamtbevölkerung?
Was heißt "wird regelmäßig neu besetzt"? Austausch aller Gremienmitglieder? Eines Teils der Gremienmitglieder? In welchen Zeiträumen?
Welche Rolle spielt in diesem Gremium "die Anlaufstelle"?

Präambel: Welche Themen sollten in eine Einleitung noch aufgenommen werden? Gibt es noch etwas, das gleich zu Beginn erwähnt werden sollte?

- Der Hinweis, dass es eine theoretische Zieldefinition ist. Praktische Ansätze für eine Verbesserung sind leider nicht erkennbar
- Jedes Beteiligungsverfahren sollte gleich zu Beginn transparent die "Leitplanken" des Prozesses mit Hilfe einer professionellen Moderation festlegen.
Neben den verschiedenen Lösungsvorschlägen sollte immer ein "Basisszenario" mitgeführt werden. Also "die Entscheidung nichts zu verändern". Aus das kann ein mögliches Beteiligungsergebnis sein. Allerdings müssen dann auch alle (langfristigen) Folgen mit betrachtet werden.
Neben den einzelnen Vorhaben sollte auch eine übergeordnete Priorisierung der Vorhaben und Projekte Teil einer erfolgreichen Beteiligungskultur sein. Denn oft geht es ja um die Grundsatzfrage: "Wo und wie können die begrenzten Ressourcen den höchsten Nutzen erzielen?"
- Es sollte in der Präambel darauf hingewiesen werden, dass es auch Themen geben kann, bei denen eine umfassende Beteiligung nicht möglich sein kann. Ich halte das für wichtig, damit nicht zu große Erwartungen geweckt werden.

- Themen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind nicht neu. Vielmehr ist die Öffentlichkeitsbeteiligung bei vielen Projekten und Planungen bereits etabliert.
- Das Regelwerk sollte prominent darstellen, dass die Lösungssuche unter Beteiligung der Öffentlichkeit, abhängig vom jeweiligen Thema, auf einer Faktenbasis erfolgt, die als unumstößliche Grundlage zu betrachten ist. Beispielsweise muss allen Beteiligten klar sein, dass bei Beteiligungen zum Thema Klima- und Umweltschutz der menschengemachte Klimawandel und dessen Auswirkungen evident sind und nicht zur Diskussion stehen.
- Bielefeld möchte eine bürgernahe Stadt sein. Daher ist die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner von zentraler Bedeutung, Durch dieses Regelwerk wird der Beteiligung ein besonderes Gewicht zugesprochen.
- Beispiele, zu welchen Vorhaben Beteiligungen sinnvoll erscheinen und durchgeführt werden sollen.
Was wir von mehr und breiterer Bürger*innenbeteiligung erwarten.
Einordnung, was Beteiligungsverfahren leisten können und was nicht.
Absicht, Beteiligung leicht zu machen und allen zu ermöglichen - Mut machen, sich zu beteiligen."
- Prioritäten setzen. z.B. nachhaltige Stadtentwicklung mit den Punkten: städtischer Klimaschutz, städtische Gesundheitsförderung, nachhaltige Wirtschaftsförderung/wirtschaftliche Belebung Stadtteile, Abbau soziale Segregation, Förderung der städtischer Kultur und sozialer Einrichtungen im öffentlichen Raum.
-Teilhabebeteiligung-
- Neue Kultur (Kulturentwicklung) des Miteinanders
- Dass auch Kinder und Jugendliche gemeint sind und als Expert*innen für ihre Lebenswelt ernst genommen werden. Dass Kinder und Jugendliche, die sich beteiligen möchten oder ein Anliegen haben, aber nicht wissen, wie es geht sich einzusetzen, kindgerechte Ansprechpartner*innen haben, die ihnen helfen"
- Bürger wollen an Entscheidungen „beteiligt“ werden, mit deren Folgen sie persönlich leben müssen. Dies ist nicht erst seit „Stuttgart 21“ so. Für so gut wie jede Stadtverwaltung gehört es zum guten Ton, ihre Bevölkerung nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern an Entscheidungsprozessen zu „beteiligen“. Meinen also beide dasselbe? Ist eine Informations-Veranstaltung zu einem städtischen Bauprojekt oder eine mehrteilige Meinungsbefragung über die zivile Umnutzung von Militärgelände schon Beteiligung? Wie kann das kreative „Geben und Nehmen“ im Diskurs über Stadtentwicklung beiden Seiten – Stadtmanagement UND ziviler Stadtgesellschaft – auf Augenhöhe gerecht werden? Gibt es ein formelles Recht auf Beteiligung über die Anhörung „genialer . . .“ Vorschläge hinaus? Bleibt es „zwangsläufig“ bei „Mitreden JA, Mitentscheiden NEIN?“ Wie muss ein allgemein verlässliches Dialogmilieu beschaffen sein, um eine freiwillige Ausweitung traditioneller Beteiligungsgrenzen in eine verbindliche und verstehende Beteiligungskultur münden zu lassen?
- Sicher kann es im Planungsprozess sehr gewinnbringend sein, von den Experten vor Ort auf gewisse Dinge hingewiesen zu werden und sich inspirieren zu lassen, aber es sollte auch allen klar sein, dass es in der Natur der Sache liegt, dass nicht jeder Wunsch umgesetzt werden kann.

- Das Thema "Miteinander und Dialog" finde ich hier wichtig. Dass es ein grundsätzliches Vertrauen in die Fachmensen bei der Stadt gibt und dass andererseits auch darauf vertraut wird, dass es sich lohnt, die Sachmeinung der Bewohner*innen anzuhören. Klar zu unterscheiden ist hier auch, dass Verwaltung und deren Auftragnehmer den Sachverhalt aus einer Fachperspektive tiefergehend analysieren und die Bewohner*innen neue Blickwinkel aus einer Nutzer*innenperspektive aufzeigen können.
Auch der Dialog ist hier wesentlich und dass sowohl die Teilnehmer*innen einer Beteiligung Aufmerksamkeit und Wertschätzung erwarten können als auch die Verwaltung & Politik ein gewisses Maß an respektvollem Umgang.

Bitte teilen Sie uns an dieser Stelle mit, wenn Sie weitere Anregungen oder Ideen zum Regelwerk haben:

- Es ist offensichtlich so, dass nur die Stadt Vorhaben für das Beteiligungsverfahren definiert.
Es sollte auch eine Möglichkeit geschaffen werden, dass die Zivilgesellschaft ein Thema für ein Beteiligungsverfahren beantragen kann. Dies müsste von der Verwaltung geprüft und von der Politik für eine Beteiligung freigegeben werden.
Nach meiner Meinung müsste dieser Punkt in den Grundsätzen verankert werden.
- In einer pluralen Stadtgesellschaft und in Zeiten hoher Anforderungen an die individuellen, vor allem auch zeitlichen Ressourcen jede*r Bürger*in, ist es eine große Herausforderung zur Teilnahme an demokratischen Prozessen und Instrumenten wie Bürgerbeteiligungen zu motivieren. Deshalb halte ich es für absolut richtig über Möglichkeiten dies zu verbessern intensiv in den Austausch zu kommen. Eine Chance hierzu sehe ich darin Kommunikationsstrategien zu entwickeln, die das individuelle Betroffensein von Vorhaben, aber auch die Möglichkeit zur Einflussnahme in den Vordergrund stellen. Hierfür reichen Floskeln wie "Jetzt mitmachen" aber nicht aus, es muss darum gehen konkret verstehbar zu machen, welche Konsequenzen ein Vorhaben für die eigene Lebensführung haben kann, und dann dazu anzuleiten, wie sich jede*r in den Prozess einbringen kann.
- Meine große Befürchtung ist, dass es zu einem großen Teil um keine echte oder nur sehr begrenzte Bürgerbeteiligung handeln wird, was die Bürger eher enttäuscht - vor allem dann, wenn man es in der Öffentlichkeit als "echte Bürgerbeteiligung" inszeniert.
- Test, Text, Text: Wenn Sie wollen können Sie etwas anmerken. Was ist das bitte für ein Verständnis von Beteiligung?
- Das Regelwerk ist nur der erste Schritt. Die Inhalte sind schon vor der Erarbeitung eines Regelwerks bekannt und erstrebenswert gewesen und es stellt sich die Frage - ist das das Ergebnis eines teuren Prozesses? Knifflige Punkte sind noch ausgeklammert (z.B. Umsetzbarkeit) - das muss in einem nächsten Schritt geklärt werden. Nur so kann ein Regelwerk wirklich durchgesetzt werden.
- Aufsuchende Beteiligung ist am Beginn des Prozesses ganz entscheidend. Niedrigschwellige Angebote direkt im Alltag der Menschen.
Daraus können dann die "Anwälte" entstehen.
- Siehe meine Anmerkungen zu den Kapiteln.

- Für Entscheidungsprozesse, deren Ergebnis sich langfristig auf die gesamte Bielefelder Bevölkerung auswirken sollte ein Bürger*innen-Rat, wie er bereits andernorts erprobt wurde, zum Einsatz kommen. Politische Entscheidungen zu kontroversen Themen, die von einem solchen Rat befürwortet werden, haben eine deutlich höhere Chance von einer möglichst breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert zu werden.
- Bitte die Beteiligungsform von Bürger:innen-Räten ins Gespräch bringen. Hierin liegen sehr große Chancen für eine Beteiligung, die ihren Namen auch wirklich verdient.
<https://www.buergerrat.de>
- Wichtig: Interner Erfahrungsaustausch
- Wenn bis hierhin ALLE meine Anmerkungen aufmerksam gelesen wurde ist dem nichts hinzuzufügen.
- Viele Begriffe bedürfen einer konkreteren Erläuterung. Was ist genau Öffentlichkeitsbeteiligung? Was ist die Anlaufstelle? Was wird hier unter Mitwirkung verstanden etc.
Bitte ein Glossar erstellen
- Ich verstehe dieses Vorhaben nicht und habe ein paar Fragen:
 1. Was unterscheidet Öffentlichkeitsbeteiligung von Bürgerbeteiligung?
 2. Wie ist es mit Mitbestimmung?
 3. Was ist Stadtgesellschaft?
 4. Soll hier eine neue Verwaltungsstruktur eingeführt werden?
 5. Auf welchen Gesetzen oder Verordnungen beruht das Ganze? Welchen rechtlichen Charakter hat das?
 6. Zitat: „Transparenz bedeutet in diesem Fall eine Bereitstellung von Informationen, die benötigt werden, um die Vorhaben und Beteiligungsprozesse nachvollziehen zu können.“
Was soll mir das sagen? Warum keine Bürgerbefragungen in den betroffenen Gebieten oder Stadtteilen?
 7. Zitat: „Ergebnisse aus der Beteiligung werden zügig an die Politik weitergegeben.“
Die Politik und die Verwaltung sollen doch jeweils zu 1/3 in dem begleitenden Gremium teilhaben und dann entscheiden, was an die Politik weitergegeben werden soll?
 8. Zitat: „Bei der Durchführung von Beteiligungsverfahren sorgt die durchführende Stelle dafür, dass geeignete Maßnahmen zur Evaluation eingesetzt werden. Was sind geeignete Maßnahmen zur Evaluation von Beteiligungsverfahren?“
 9. Das Projekt ist mit „Beteiligung NRW“ und „Stadt Bielefeld“ betitelt ist.
Was bedeutet das oder was steht dahinter?
 10. Obwohl ich noch ganz viele Fragen habe, nur noch eine letzte Frage: dieses Projekt hat, meiner Meinung nach, nichts mit demokratischer Bürgerbeteiligung zu tun. Hier sollen die Bürger in einem undurchsichtigen von der Politik und der Verwaltung dominierten Gremium ausgefragt werden. Wie wäre es mit einer basisdemokratischen Anhörung oder Mitarbeit der Bürger oder betroffenen Gruppen?“

- Möglicherweise fehlen folgende Grundsätze in den bisherigen Entwürfen:
 1. Das Initiativrecht von Bürgern
 Vor der Vorhabenliste der Stadt sollte auch das Initiativrecht von Bürgern liegen, selbst beteiligungsrelevante Projekte anzuregen. Lediglich auf eine städtische Beteiligungs-„Zuteilung“ zu warten, würde bedeuten, so manches „Sehnsuchtsprojekt“ nie an den Start zu bringen.
 Das gleiche Initiativrecht für Bürger sollte auch innerhalb schon bestehender Beteiligungsformate gelten. Hier geht es dann um die innere Beteiligungsstruktur.
 2. Ein differenzierter Beteiligungsbegriff, der sich nicht ausschließlich gegen
 Möglichkeiten auch von Mitbestimmung richtet.
 Ein verbreitetes Narrativ lautet, Bürgerbeteiligung sei keine Mitbestimmung, weil Entscheidungen den demokratisch gewählten Mandatsträgern vorbehalten sind. Dies ist teilweise richtig und zugleich eindimensional.
 Auch ohne den gewählten Mandatsträgern ihren Entscheidungsvorbehalt zu nehmen, gibt es unterschiedliche Grade und Umfänge von Beteiligung bis hin zu gemeinsamen Verträgen zwischen Stadt und bürgerschaftlichen Gruppierungen. In speziellen Fällen tragen sie zur besonderen politischen Tragfähigkeit und Akzeptanz kommunaler Maßnahmen bei. Sie beinhalten eine Verantwortungsgemeinschaft. Sie beinhalten Pflichten und Rechte. Diese bedeuten Mitbestimmung aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen. Sobald beide Seiten eine übereinstimmende, freiwillige Vereinbarung schließen (zum Beispiel aufgrund kluger Überzeugungsarbeit), müssen sich beide Seiten an diese Vereinbarung halten und können sich gegenseitig darauf berufen. Man nennt dies „Kontraktmanagement“. Gegebenenfalls gibt man sich je nach Projektgröße eine Geschäftsordnung. All dies ist unterhalb des Letztentscheidungsrechts der gewählten Mandatsträger möglich. Und kann „trotzdem“ Mitbestimmung beinhalten. Denn Bürgerbeteiligung als „Demokratieergänzung“ kann nicht gänzlich ohne Rechte sein.
 Grundlage für all dies: Gemeinschaftliche, offene Beratung als erfolgreicher gegenseitiger Prozess.
- Grundsätzlich gute und notwendige Sache! Aber man muss aufpassen, dass der bürokratische Aufwand für die Verwaltung leistbar bleibt.
- Wenn ich es richtig verstehe, sind keine Formate wie "Bürgerräte" geplant, wie sie zuletzt in der Bundespolitik von sich reden machten (Bürgerrat unter der Obhut der Bundestagspräsidentin, etwa zum Thema Ernährung).
 Warum nicht?